Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift: Tageblatt Riesa. Fernruf Nr. 20.

Das Riesaer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen

Postscheckkonto: Dresden 1538 Girokasse Riesa Nr. 52.

№ 80. Donnerstag, 3. April 1924, abends. 77. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends ½6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. **Bezugspreis**, gegen Vorauszahlung, für Monat April 2 M. 50 Pf. durch Post, 2 M. 25 Pf. durch Boten. Für den Fall des Eintretens von Produktionsverteuerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. **Anzeigen** für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 39 mm breite, 3 mm hohe Grundschrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achttägige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. **Geschäftsstelle: Goethestraße 39.**
Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Die deutsche Antwort auf die Militärkontrollnote.

Die Antwort der deutschen Regierung auf die Militärkontrollnote der Botschafterkonferenz ist das erste Stadium zur Einleitung der entscheidenden außenpolitischen Auseinandersetzungen, die in dem Augenblick eintreten werden, wo der Bericht der Sachverständigen den beteiligten Regierungen zugegangen sein wird. Dem scharfen Beobachter kann es keineswegs entgehen, daß die Reichsregierung in ihrer — zunächst provisorisch gedachten — Antwort neue Gesichtspunkte in die internationale Diskussion über das deutsche Problem hineinwirft. Schon der entgegenkommende Ton der deutschen Note bringt zum Ausdruck, daß man deutscherseits eine Reinigung der gespannten europäischen Atmosphäre herbeizuführen wünscht. Gleichzeitig hat die deutsche Regierung nicht ungeschickt auf die Aufgabe des Völkerbundes hingewiesen, im Rahmen des allgemeinen Abrüstungsproblems auch die Kontrolle über die deutsche Abrüstung fortzuführen.

In den Berliner maßgebenden außenpolitischen Kreisen trägt man sich mit dem Gedanken, bei den kommenden Erörterungen mit den Großmächten die Frage aufzuwerfen, aus dem gegenwärtigen Zustand des gegenseitigen Mißtrauens herauszukommen durch ein Prinzip der realen und moralischen Sicherungen, die auf der Grundlage der Gegenseitigkeit den europäischen Frieden verbürgen sollen. Dadurch würde die Möglichkeit geschaffen, die Regelung des Reparationsproblems ganz unabhängig von politischen Grundsätzen, insbesondere von den internationalen Gegensätzlichkeiten zu befreien. Bisher war der Eindruck entstanden, als ob Deutschland in der Frage der Sicherungen absichtlich Schwierigkeiten herbeiführen wolle, um den Reparationsverpflichtungen letzten Endes auf grund einer nationalen Wiedererstarkung aus dem Wege zu gehen. Aus diesem falschen Eindruck heraus wurde das Sicherungsproblem mit dem Problem der Reparationen so eng verknüpft, daß rein wirtschaftliche Gesichtspunkte hinter den politischen Erwägungen zurücktreten mußten. Seit vier Jahren konnte keine Lösung der schwierigen Fragen gefunden werden, weil man sich hinsichtlich der politischen Streitfragen auf keiner einheitlichen Linie verständigen konnte. Eine Fortdauer dieses Zustandes wäre mit schweren Gefahren für den Wiederaufbau Europas verknüpft, und deshalb erkennt man ganz besonders in den Kreisen der Rechtsparteien in Deutschland die Notwendigkeit an, das Reparationsproblem von der Politik zu trennen.

Das Reparationsproblem ist für Deutschland eine Zukunftsfrage von größter Bedeutung geworden. Wenn es uns nicht gelingt, zu einer brauchbaren und erträglichen Regelung zu kommen, werden alle Anstrengungen zum inneren Wiederaufbau des Landes letzten Endes zum Scheitern verurteilt sein. Die neue deutsche Regierung, die nach den Reichstagswahlen ihr Amt antreten wird, — mag sie aussehen wie sie will — wird keinen anderen Ausweg wissen als die Fortsetzung der bereits eingeleiteten Sanierungspolitik, die zur Festigung der wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnisse führen soll. Man darf gewiß den Versicherungen der verantwortlichen Männer des auswärtigen Amtes in Berlin Glauben schenken, wenn von ihrer Seite aus erklärt wird, daß Deutschland für die nächsten Jahre einen Zustand der inneren und äußeren Ruhe braucht, um nicht einer sehr schweren Krise entgegen zu gehen. Man ist jetzt wenigstens soweit gekommen, daß das deutsche Geld als wertbeständiges Zahlungsmittel auch im Auslande angesehen wird. Auf Grund des Vertrauens der Welt zu der inneren Kraft Deutschlands ist bereits die Möglichkeit geschaffen, daß Deutschland — wenn auch unter schweren Bedingungen — eine ausländische Anleihe erhalten wird, um seine Finanzen und seine Wirtschaft wieder in Gang zu bringen. Gewiß gibt es sehr ernst zu nehmende Kreise in Deutschland, die der Meinung sind, daß wir keine Auslandsanleihen brauchen, um uns wieder aufzurichten. Diese Auffassung in allen Ehren! Wenn es wirklich nicht nötig sein sollte, eine ausländische Anleihe aufzunehmen, dann wäre es ja umso besser! Niemand wird behaupten, daß wir eine Auslandsanleihe aufnehmen wollen für den Fall, daß es garnicht notwendig wäre. Die Tatsache jedoch, daß wir wieder kreditwürdig sind, daß das Ausland sich nicht scheut, sein Kapital an Deutschland zu verleihen, ist für Deutschland ein riesengroßer Erfolg, der von niemandem geleugnet werden kann.

Frankreich behält sein Druckmittel.

Große Tumulte in der Kammersitzung.

)(Paris. In der Kammer erklärte gestern **Poincaré** zur Kabinettsbildung, er habe den Kriegsminister Maginot und den Minister für öffentliche Arbeiten Le Trocquer in das neue Kabinett aufgenommen, um das Werk fortzusetzen, das im Ruhrgebiet durchgeführt worden sei. Die Mehrheit der Kammer sei zwar eine Minderheit geworden, aber der Ministerpräsident sei derselbe geblieben und es werde **weder in der Innenpolitik noch in der Außenpolitik etwas geändert.** Als dann der Kriegsminister einen Bericht des am Rhein kommandierenden Generals über die Propaganda in der französischen Rheinarmee, die er als antimilitaristisch bezeichnet, verliest, **kommt es zu großen Tumulten**, sodaß die **Sitzung unterbrochen** werden mußte. Um ½7 Uhr wird die Sitzung wieder eröffnet. Auf eine Frage Fargeots, für welchen Block sich der Ministerpräsident entschieden habe, für den Block der Linken, der Mitte oder den nationalen, antwortete **Poincaré**, daß er seine treue Majorität nicht zu verlassen gedenke. Zur **Außenpolitik** übergehend erklärte er, Frankreich sei nur gegen seinen Willen in das Ruhrgebiet eingerückt, weil Deutschland auf keine andere Art gezwungen werden konnte, seine Schulden zu bezahlen, und **Frankreich sich habe Pfänder sichern** müssen, die es nur im Verhältnis zu den erfolgten Zahlungen freigeben werde. **Frankreich werde also alle seine Druckmittel in der Hand behalten.** Sein Verfahren werde es nur gegen ein besseres Verfahren austauschen. Der Ministerpräsident ging dann zur Frage des Garantiepaktes über und sprach weiter von den sich häufenden nationalistischen Kundgebungen in Deutschland, namentlich von Kundgebungen, die erfolgten, um von vornherein gegen die Entscheidungen der Sachverständigen zu protestieren. Er lehne jede Verantwortung für das Wiedererwachen des Nationalismus in Deutschland ab. Die Alliierten Frankreichs hätten seine Ansichten nicht immer geteilt, sie verstünden jedoch die Sprache der Tatsachen. Wenn die Beschlüsse der Reparationskommission auf Grund der Berichte der Sachverständigen durchgeführt werden sollten, so müsse die Einigkeit der Alliierten in die Erscheinung treten. Auf alle Fälle werde Frankreich nicht nachlassen. (Beifall rechts und in der Mitte.) Die Fortsetzung der Debatte wurde auf heute nachmittag vertagt.

Die politische Neueinstellung.

Von parlamentarischer Seite gehen dem „Berl. Pressedienst" folgende Informationen zu:

Der **deutschnationale Parteitag in Hamburg** hat in politischen Kreisen Veranlassung gegeben, sich sehr stark mit der Politik der Deutschnationalen zu beschäftigen. In volksparteilichen Kreisen wird hervorgehoben, daß der deutschnationale Führer Dr. **Hergt** sich in weitgehendem Maße zu einem positiv-realpolitischen Regierungsprogramm bekannt hat. Man habe mit Genugtuung feststellen können, daß die Deutschnationalen sich nunmehr auf eine rein sachliche Kritik für die Tätigkeit der bisherigen Regierung eingestellt haben, und daß sie schon jetzt in weitgehendem Maße bereit sind, an eine praktische Regierungstätigkeit heranzugehen. Für die Deutsche Volkspartei, so erklärt man unserem Mitarbeiter, gebe es wahrhaftig keine größere Genugtuung, **als** in eine Regierung einzutreten, in der auch die Deutschnationalen vertreten sind. Allerdings müßte es sich zeigen, ob die Deutschnationalen sich von ihrer bisherigen weltfremden und einseitigen Einstellung freigemacht haben.

Auch in **Zentrumskreisen** hat der deutschnationale Parteitag keinen ungünstigen Eindruck gemacht. Hier wird vor allen Dingen hervorgehoben, daß die Deutschnationalen offenbar großen Wert darauf legen, sich mit den anderen bürgerlichen Parteien auf einer Linie zu finden. Wenn Dr. **Helfferich** erklärt hat, daß die Deutschnationalen entschlossen sind zur positiven Mitarbeit und zur Uebernahme der Verantwortung, so werde das in all den Parteien große Genugtuung hervorrufen, die sich bisher der verantwortungsvollen Tätigkeit in der Regierung gewidmet hatten. Man glaubt insbesondere im Zentrum, daß die Deutschnationalen auf Grund der praktischen Erfahrungen, die sie nach kurzer Zeit als Regierungspartei machen werden, mehr denn je zu der Ueberzeugung gelangen, daß man in Deutschland nur auf breiter parlamentarischer Basis regieren kann. Die **Umwandlung der Deutschnationalen** von einer Oppositionspartei zu einer Partei der positiven Mitarbeit werde **für die deutsche Zukunft von größter Bedeutung** sein. Von Seiten der Zentrumspolitiker wird mit allem Nachdruck darauf hingewiesen, daß man im Falle einer Regierungskoalition mit den Deutschnationalen von vornherein verlangen müsse, daß die Weimarer Verfassung gegen gewaltsame Eingriffe geschützt wird. Wenn die Deutschnationalen sich an der Regierung beteiligen wollten, müßten sie einsehen, daß es nicht angehe, die Verfassung des Reiches beschimpfen zu lassen, denn eine Reichsregierung könne ihre Autorität nur von der Weimarer Verfassung herleiten. Eine ganz andere Frage sei es, ob auf legalem Wege die Verfassung geändert werden könne.

Zur Eisenbahnerbewegung.

Die Verhandlungen, die im Reichsverkehrsministerium mit den Spitzengewerkschaften der Eisenbahner über Lohntarife und Lohnhöhe am Montag begonnen haben und am Dienstag fortgesetzt worden sind, haben **noch nicht zu einem Abschluß** geführt, indessen wird gehofft, daß man zu einem günstigen Ergebnis kommen wird.

Die verschiedenen **Teilstreiks der Eisenbahner** sind im allgemeinen **abgeflaut.** In Berlin streikten gestern allerdings auf dem Güterboden des Anhalter Bahnhofs einige wenige Arbeiter, ohne daß der Betrieb irgendwie gestört wurde. Im Elberfelder Bezirk sind im ganzen etwa 500 Mann im Ausstand. Im Erfurter Bezirk fehlen nur 130 Mann im Dienst. Im Bezirk Karlsruhe hat sich die Lage erheblich gebessert, in Württemberg ist sie unverändert. Bei Magdeburg handelt es sich bei der Streikbewegung nur um 50 Leute in Rotensee und um 75 in Buckau-Magdeburg. **Ueberall vollzieht sich der Betrieb normal.**

Der drohende Eisenbahnerstreik.

Von unterrichteter Seite erfährt unser Berliner Vertreter: Da die Verhandlungen im Reichsverkehrsministerium über die Lohnerhöhungen der Eisenbahnarbeiter bisher zu keinem Resultat geführt haben, wird voraussichtlich noch Ende dieser Woche das Reichskabinett sich mit der Frage befassen müssen. Inzwischen **setzen die Kommunisten alle Kraft daran, um die Teilstreiks**, die in verschiedenen Gegenden Deutschlands bereits ausgebrochen sind, **weiter anzufachen** und zu einem **allgemeinen Streik** der Eisenbahnarbeiter zu treiben. Das Reichsverkehrsministerium ist bis zu einem gewissen Grade zu einem Entgegenkommen bereit, erklärt jedoch nach wie vor, daß die geforderten Lohnsätze der Eisenbahnarbeiter untragbar seien und den Etat der Reichsbahn völlig aus dem Gleichgewicht bringen müßten. Sollte der Streik an Ausdehnung weiter gewinnen, so würde das Reichskabinett mit einer Verlautbarung an die Oeffentlichkeit treten und darin die schärfsten Maßnahmen androhen für den Fall, daß die Eisenbahnarbeiter an ihren Forderungen festhalten und diese Forderungen durch einen Streik erzwingen wollen. Der Reichsinnenminister hat bereits mit dem Reichsverkehrsminister mehrere Besprechungen abgehalten, um die geeigneten Maßregeln zu erwägen, die gegen die Rädelsführer und Hauptheter im Eisenbahnerstreik anzuwenden wären und die dem Reichskabinett in seiner Sitzung zur Genehmigung vorzulegen wären. Man hofft jedoch, daß es nicht so weit kommen wird und daß es dem besonnenen Teil der Gewerkschaftsleitungen gelingt, die Eisenbahnarbeiter vor Schritten, die eine katastrophale Wirkung haben müßten, noch rechtzeitig zurückzuhalten.

Reichsminister a. D. Dr. Heinze in Dresden.

tid. Dresden. Gelegentlich einer Geburtstagsfeier des Alt-Reichskanzlers, die die Deutsche Volkspartei veranstaltete, sprach Reichsminister a. D. Dr. Heinze über das **Bismarck-Problem**, so wie es sich dem deutschen Auge der Gegenwart darstellt. Wer, so führte er u. a. aus, wie das heute mehr und mehr zu geschehen beginnt, das Bismarcksche Lebenswerk in seiner politischen Tiefe durchschaut, der gewinnt immer klarer die Ueberzeugung, daß auch die kommende Politik im Geiste Bismarcks geführt werden muß. Wie in der Geisteswissenschaft der Ruf erschollen: Zurück zu Kant!, so muß heute in politischer Richtung der Ruf erschallen: **Zurück zu Bismarck!** In der inneren Politik haben wir vielleicht alle nicht mit der nötigen Energie an Bismarcks Werk festgehalten. Der größte Fehler der Weimarer Verfassung war, daß sie dem Staate den festen Halt nahm, daß sie in eine falsche Nachahmung von aus Westen gekommenen Ideen verfiel. Unsere überaus schwankenden Parlamentsmehrheiten sind kein geeigneter Boden, auf dem sich ein festes Rückgrat für das staatliche Leben entwickeln kann. Wir müssen erneut zu einer Verfassung kommen, die in den Einzelstaaten wieder das Prinzip einer gewissen politischen Homogenität zur Geltung bringt. **Die große Zukunftsfrage** sei die der **Revision der Verfassung.**

Vor neuen wirtschaftlichen Erschütterungen.

Noch ehe die Mieumverhandlungen in das entscheidende Stadium eintreten, haben die Ereignisse eine ziemlich scharfe Wendung genommen durch die Erklärung der Mieum, daß sie einerseits auf der **Verlängerung der Verträge** bestehe und daß sie andererseits die Ablehnung der Verlängerung als eine Wiederaufnahme des passiven Widerstandes betrachte. Die Reichsregierung hat bekanntlich ihren Standpunkt dahin festgelegt, daß für sie eine finanzielle Fundierung der aus den Mieumverträgen sich ergebenden Lasten unmöglich ist; die **Industrie** hat erklärt, daß eine **Verlängerung der Mieumverträge** für sie **untragbar** sei. Bis zum 31. März hatte der Ruhrbergbau 27 Prozent der Nutzförderung kostenlos auf Reparationskonto zu liefern. Diese zu liefernde Menge ist mit Wirkung vom 1. April auf 1,8 Millionen Tonnen Brennstoff erhöht worden, was an sich eine neue Verschärfung der auf dem Ruhrbergbau drückenden Lasten umsomehr bedeutet, als die Mieum gerade die **hochwertigen Brennstoffe** für sich beansprucht. Dazu kommt, daß eine **neue Lohnbewegung der Bergarbeiter** bevorsteht, welche eine 30 prozentige Erhöhung ihrer Löhne fordern. Dies muß naturnotwendig zu einer weiteren **Erhöhung der Kohlenpreise** führen, die ohnehin infolge der Mieumverträge eine den Konsum außerordentlich drückende Höhe erreicht haben. Alle diese Tatsachen lassen erkennen, daß dem deutschen Wirtschaftsleben außerordentlich schwere Erschütterungen bevorstehen, gerade in dem Augenblicke, da man glaubte, infolge des Sachverständigengutachtens mit einer Entspannung rechnen zu dürfen.

Das Ausland zum Münchner Urteil.

)(Paris. Das Urteil im Hitlerprozeß wird in der Presse **außerordentlich ungünstig kommentiert.** So schreibt **Gaulois**, es sei neben anderen Anzeichen ein Beweis für eine Stimmung in Deutschland, die allzuviel Leute in Frankreich und im Ausland noch nicht gern feststellen möchten.

Matin sagt, die Vorgänge in München offenbarten einen Geisteszustand, der Frankreich Opfer auferlege, die es lieber nicht bringen würde. Die alliierten und amerikanischen Sachverständigen mögen noch so gewissenhaft Monate hindurch arbeiten, um den praktischsten und gerechtesten aller Reparationspläne auszuarbeiten, Macdonald mag von einer internationalen Entente träumen, alle diese humanitären Utopien stürzen wie Kartenhäuser zusammen.

Im **Oeuvre** heißt es, die Nachsicht des Gerichts deute darauf hin, daß es die Diktatur keineswegs fürchte, wenn es sie auch nicht wünsche. Es sei vielleicht nicht mehr die Zeit für die Diktatur, es sei vielleicht die Zeit für die Monarchie. Alles in allem sei es die Weimarer Verfassung, die man bedrohe. Aber man wolle sie nur mit Stimmzetteln stürzen. Das sei alles, was noch an die Revolution von 1918 erinnere, die man zerstören wolle, ohne großen Lärm zu machen.

)(London. Die Presse bezeichnet das **Urteil** im Hitler-Prozeß **als eine Farce.** Daily News schreibt in einem Leitartikel, die Hochrufe der Münchner Menge bei der Verkündung des Urteils könnten Deutschland teuer zu stehen kommen.

Morning Post führt aus, in ganz Deutschland vermehrten sich die Anzeichen, daß die reaktionären Kräfte große Fortschritte machten. Es würde für die Alliierten äußerst schwer werden, irgendeine vernünftige Regelung mit Deutschland zu erzielen.